

## Politisches Selbstverständnis des Koalitionsremiums

Die Koalitionsfraktionen bekennen sich zu einer linken Ausrichtung der Österreichischen Hochschüler\_innenschaft und stimmen einer sichtbaren, partizipativen, lautstarken und kritischen ÖH zu.

### **Vertretungsarbeit ist politisch.**

Die Essenz der ÖH als politische Interessenvertretung ist es, Ungerechtigkeiten und Barrieren im Hochschulalltag der Studierenden zu erkennen und auf politischer Ebene zu bekämpfen. Dies tun wir, indem die ÖH eine unabhängige Lobbyistin für Studierende bleibt, die verlässlich agiert, das Beste für die Studierenden verhandelt und andererseits mittels eigenen Projekten und Beratungsangeboten die Studierenden direkt spürbar als Anlaufstelle unterstützt. Wir setzen uns daher dafür ein, dass das Beratungsangebot ausgebaut und so breit wie möglich nach außen getragen wird. Die ÖH stellt die Bedürfnisse der Studierenden an allererster Stelle und scheut sich nicht, bei Bedarf regierungskritisch aufzutreten. Die Koalitionsfraktionen bekennen sich folglich ausdrücklich zum allgemeinpolitischen Mandat und setzen es sich zum Ziel, dieses aktiv zu stärken.

### **Bildung ist ein Menschenrecht.**

Es ist die Aufgabe des Staates, die Hochschulen öffentlich zu finanzieren. Hochschulbildung muss zum kritischen Hinterfragen und dem aktiven Mitgestalten der Gesellschaft befähigen und darf keine reine Berufsausbildung sein. Hochschulen sind ein wichtiger Teil der Gesellschaft und nicht abgetrennt von dieser zu betrachten, daher sind auch gesellschaftspolitische und sozialpolitische Themen zentral für unsere Arbeit. Die hochschulpolitische Situation in Österreich wird immer dramatischer. Sie ist geprägt von Studienplatzbewirtschaftung, Leistungsdenken, Konkurrenzprinzip und der Verwertung von Bildung und Menschen. Studiengebühren und Knock Out-Prüfungen sind Zeichen der zunehmenden Anpassung des Bildungssystems an neoliberale Mechanismen. Zugangsbeschränkungen verschlimmern die Situation noch mehr, da sie in jeder Form sozial selektiv und abschreckend sind. Aufgrund der zunehmenden Prekarisierung der Studienbedingungen, die sich vor allem in der Kürzung von Sozialleistungen bemerkbar macht, wird der Raum für kritisches Lernen und Lehren eingeschränkt. Autoritäre Krisenpolitik und Fokussierung auf elitäre Strukturen fördern die Entwicklung der Hochschulen zu einer ausgrenzenden Institution, in der Studierende immer weniger Rechte haben. All das treibt die Entpolitisierung und Entdemokratisierung der Hochschulen weiter voran. Von einem freien und offenen Hochschulzugang profitiert die gesamte Gesellschaft. Dennoch fehlt der politische Wille, in Bildung zu investieren und alle Menschen an Bildung teilhaben zu lassen. Die Koalitionsfraktionen bekennen sich zum

uneingeschränktes Recht auf Bildung; unabhängig von Herkunft, Geschlecht, sozialer Klasse und Behinderung und fordern dieses mit Nachdruck ein.

Wir bewegen uns immer noch nicht in einer diskriminierungsfreien Gesellschaft. Strukturelle Benachteiligung trifft Frauen, Lesben, Inter-, Non-binary-, Trans- und Agender-Personen (FLINTA\*), People of Color, Migrant\_innen, Personen mit Behinderungen und alle Personen, die nicht dem gesellschaftlichen Normbild entsprechen. Dies äußert sich unter anderem in Sexismus, Queerfeindlichkeit, Rassismus und weiteren strukturellen, sozialen und baulichen Barrieren, sowie der grundsätzlichen Marginalisierung von gesellschaftlich Benachteiligten. Die Koalitionsfraktionen bekennen sich daher ausdrücklich und uneingeschränkt zum allgemeinen politischen Mandat. Dies heißt, dass wir uns nicht nur auf eine Kritik der Hochschulpolitik und Symptombekämpfung beschränken, sondern bestrebt sind, grundlegende Veränderungen der bestehenden Verhältnisse herbeizuführen. Die Hochschulen sind Teil der Gesellschaft und spiegeln daher deren Unterdrückungsmechanismen wider.

Die Chancen in unserem Bildungssystem sind ungleich verteilt. Nach wie vor entscheidet die soziale Herkunft einer Person darüber, ob sie es überhaupt zum Tor der Hochschule schafft. Auch an der Hochschule selbst haben Kinder von Akademiker\_innen einen immensen Vorteil gegenüber Kindern von Arbeiter\_innen. Diesen Umstand gilt es zu bekämpfen und einen freien und offenen Hochschulzugang für alle zu schaffen. Wir bekennen uns deshalb zur dezidierten Förderung von Studierenden aus working class Familien durch die Abschaffung sozialer Barrieren durch die Einführung einer Gesamtschule, die Abschaffung der sozial selektiven Studiengebühren und die Etablierung eines treffsicheren Beihilfensystems.

Als Hebel zur Transformation sowohl unseres Bildungssystems als auch zur Transformation der Gesellschaft sehen wir die Wichtigkeit von **kritischer Lehre und Forschung**. Wenn die Lehre an unseren Hochschulen Bildungsökonomisierungen und Studienplatzbewirtschaftungen unterworfen ist, kann sie diesen Hebel allerdings nicht nutzen. Lehre und Forschung, die lediglich zur unhinterfragten Einzementierung gesellschaftlicher Verhältnisse dient, kann nicht der Anspruch sowohl an Lehrende als auch an Studierende sein. Lehrveranstaltungen, die die kapitalistische Verwertungslogik kritisch beleuchten und Studierende auch dazu anregen können, an der progressiven Überwindung des Systems hin zu einer emanzipatorischen Gesellschaft zu arbeiten und über diese selbst zu forschen, müssen gefördert werden. Das bedeutet auch, dass Hochschulen nicht nur für Auftraggeber\_innen der Drittmittelfinanzierung forschen sollen, sondern durch eine Ausfinanzierung Wissen gemeinsam mit und für Gesellschaft erarbeitet werden kann.

Wir erkennen die **Klimakrise** als größte Herausforderung unserer Zeit an. Als **ökologisch-nachhaltige** ÖH setzen wir uns für ein klimagerechtes

Gesellschafts- und Wirtschaftssystem ein und fordern dieses aktiv. Dazu braucht es Bündnisse mit den Hochschulen, der Zivilgesellschaft, NGOs und vielen weiteren zentralen Akteur\_innen. Dazu forcieren wir als ersten Schritt eine ökologische und nachhaltige Arbeitsweise innerhalb der ÖH. Wir bekennen uns zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) und kämpfen für deren praktische Umsetzung in der Hochschulpolitik und in der Gesellschaft. Wir sehen Hochschulen und die ÖH in der Verantwortung, die Klimakrise aktiv zu bekämpfen, Konzepte zu entwickeln und diese verstärkt in den Fokus zu rücken. Dabei müssen Studierende Bildung erhalten, um zum systemischen Kampf gegen die Klimakrise beizutragen. Wir arbeiten aktiv daran, dass die Hochschulen ihre Vorbildfunktion und ihre gesellschaftliche Verantwortung im Kampf gegen die Klimakrise wahrnehmen, indem sie klimaneutral werden.

Die ÖH setzt sich für ein **demokratisches, antikapitalistisches, progressives, solidarisches und sozial gerechtes Verständnis** der Politik ein. Zudem sprechen wir uns für eine inklusive und barrierefreie, humanistische sowie emanzipatorische und antikapitalistische ÖH aus.

Wir treten **gegen jede Form der Diskriminierung** wie zum Beispiel aufgrund von Herkunft, Geschlechtsidentität, sexueller Orientierung, Religionszugehörigkeit, Alter, sozialem Hintergrund, finanzieller Lage oder körperlicher Behinderung und psychischer Beeinträchtigung auf. Wir sehen den Kampf gegen **Rechtsextremismus** als Teil unserer antifaschistischen Grundhaltung und kämpfen aktiv gegen Rassismus, Sexismus, Antiziganismus und Antisemitismus. Wir setzen uns aktiv auf allen Ebenen, national wie international, dagegen ein. Wir sehen uns als Teil der internationalen Studierendenbewegung.

Wir sind eine **queerfeministische ÖH** und verstehen Feminismus als Querschnittsmaterie in der eigenen Arbeit genauso wie in den gesellschaftspolitischen Forderungen und wollen Frauen, Lesben, Inter-, Non-binary-, Trans- und Agender-Personen aktiv fördern. Wir erkennen an, dass es mehr als nur zwei Geschlechter oder Geschlechtsidentitäten in unserer Gesellschaft gibt und jede einzelne Person für sich selbst definieren kann und soll, wie sie verstanden werden will. Darüber hinaus verfolgen wir einen intersektionalen Ansatz, der Mehrfachdiskriminierungen thematisiert. In diesem Sinne kämpfen wir für eine gendergerechte Hochschule und versuchen mit Vorbildcharakter zu agieren. Queer-Feminismus bedeutet für uns nicht einfach nur Chancengleichheit, sondern bestehende Geschlechterverhältnisse radikal zu hinterfragen. Dazu gehört auch das Aufzeigen von Ausschlussmechanismen aufgrund von männerbündnerischen Zusammenschlüssen auf Hochschulen. Auch Hochschulen unterliegen patriarchalen Unterdrückungsmechanismen, gegen die wir uns stellen möchten.

Unser Feminismus steht auf einer festen **materiellen Basis**. FLINTA\*-Personen werden im Kapitalismus ausgebeutet und benachteiligt. Nicht nur

die Hochschulen sind von Männerbünden geprägte Institutionen, in denen FLINTA\*-Personen strukturell unten gehalten und schlechter gestellt werden. In der gesamten Gesellschaft sehen wir die Ökonomisierung von FLINTA\*-Körpern und ihrer (Lohn)arbeit. Die schlechtere Bezahlung in der Lohnarbeit und die Ausnutzung der Arbeitskraft für unbezahlte Care-Arbeit stehen in einem direkten Zusammenhang. Nur wenn wir die Verflechtungen von Kapitalismus und Patriarchat erkennen können wir auch die ökonomische Basis der Ausbeutung von FLINTA\*-Personen erkennen.

**Solidarität** bedeutet, sich politisch dort zu positionieren, wo gesellschaftlich benachteiligt wird. Deshalb ist es wichtig, solidarisch zu handeln, sich zu vernetzen sowie Positionen und Menschen zu stärken, die sich für tatsächliche Gleichberechtigung, gegen Ellenbogenmentalität und den steigenden Leistungsdruck in der kapitalistischen Gesellschaft stark machen. Dazu zählt für uns auch, dass bestehende Zugangsbeschränkungen an Hochschulen abgebaut werden müssen. Deshalb ist es für uns selbstverständlich, dass wir uns unmissverständlich und bedingungslos für ein klares Auftreten gegen diese Verhältnisse einsetzen. Dies soll mit allen Mitteln auf allen Ebenen angestrebt werden. Insbesondere soll nicht - wie oft von der Regierung - nur Symptombekämpfung betrieben werden, sondern alles daran gesetzt werden, Verschlechterungen schon im Voraus zu bekämpfen und stattdessen Verbesserungen zu erwirken.

Es ist Aufgabe der ÖH, aktive **antirassistische Arbeit** zu betreiben und Gegenstrategien zu institutionellem Rassismus zu entwerfen. An Hochschulen werden soziale Barrieren errichtet, die People of Colour und migrantische Personen strukturell ausschließen. Diese gilt es zu durchbrechen und abzubauen. Gegen neue und alte Formen des Rassismus, die Errichtung einer Festung Europas, kulturelrelativistische Argumente und völkisches Denken, bestehen wir auf die Gleichheit aller Menschen sowie darauf, dass die Würde des Menschen unantastbar ist. Wir stellen uns entschieden gegen jegliche Formen von Antisemitismus, Antiziganismus und antimuslimischen Rassismus.

**Antifaschismus** ist für uns kein Selbstzweck, sondern gesellschaftliche Notwendigkeit, insbesondere was den Aufstieg reaktionärer Kräfte und die sich immer deutlicher abzeichnende Faschisierung der Gesellschaft betrifft. Hochschulen waren stets ein Ort, an dem reaktionäre Kräfte um Einfluss gerungen haben und gleichzeitig anderen Gruppen den Eintritt in die höhere Bildung systematisch erschwert haben. Das setzt sich bis heute fort.

Wir bekennen uns zu einer vollumfänglichen Aufarbeitung der Verstrickung österreichischer Hochschulen in die Verbrechen der NS-Zeit.

Dabei gilt es sowohl den Kontinuitäten des Faschismus und Rechtsextremismus, als auch neuen Phänomenen der autoritären Krisenlösung entgegenzutreten.

Um diese Ziele zu erreichen, arbeiten wir mit antifaschistischen Gruppen zusammen.

**Antikapitalismus** beschreibt für uns die grundsätzliche Kritik an einem System, das auf der Ausbeutung von Menschen und ihrer Arbeitskraft und der ungleichen Verteilung von Reichtum basiert. Das kapitalistische System dringt in alle Lebensbereiche ein und beeinflusst dabei, wie viele Chancen und Möglichkeiten Menschen haben. Das gilt auch für unsere Bildung, in der Herrschaftsverhältnisse ideologisch und materiell reproduziert werden. Wir wollen die Ursachen der bestehenden Klassenverhältnisse aufzeigen und das herrschende kapitalistische System, das in erster Linie nicht der Erfüllung menschlicher Bedürfnisse, sondern der Profitmaximierung einzelner reicher Menschen und großen Konzernen gilt, bekämpfen. Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der Bildung, Ressourcen und Chancen gerecht verteilt sind und in der alle Menschen Mitsprache an allen wichtigen Sphären des Lebens zusteht. Wir kämpfen gegen die Neoliberalisierung unserer Hochschulen und die Marktförmigkeit unserer Bildung an und stehen für gerechte Arbeitsverhältnisse und ein Ende der Ausbeutung studentischer Arbeitskraft bei wissenschaftlichem Personal und un- oder unterbezahlten Pflichtpraktikant\_innen ein. Wir sind solidarisch mit Arbeitskämpfen, sehen dabei aber auch die Grenzen unserer Möglichkeiten in einem bürgerlichen System. Unser Ziel bleibt eine klassenlose Gesellschaft und die Überwindung des Kapitalismus.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Studierenden in Österreich die **gleichen Rechte** besitzen, egal ob EU-Studierende oder Studierende außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums. Dies umfasst auch die Unterstützung von geflüchteten Studierenden, insbesondere bei Problemen, die Aufenthalt, Anerkennung und soziale Absicherung betreffen.

Die Koalitionsfraktionen arbeiten konstant am Abbau jeglicher Hürden und Barrieren an den Hochschulen. Das inkludiert insbesondere auch den **Einsatz gegen Ableismus**. Im Studierenden-Alltag stoßen wir ständig auf Barrieren, sowohl bauliche, physische Barrieren, als auch psychische Barrieren im starren Bildungssystem. Bildung ist ein Menschenrecht und muss darum für alle auch gleichermaßen zugänglich sein.

Wir setzen uns dafür ein, dass ÖH-Arbeit für alle Studierenden aus allen Hochschulsektoren möglich ist, unabhängig von der finanziellen und sozialen Lage.

Die Koalitionsfraktionen erkennen an, dass eine starke ÖH nur funktionieren kann, wenn die Vertretung **auf allen Ebenen der Studierendenvertretung** gestärkt wird. Wir setzen uns daher dafür ein die Hochschul- und Studienvertretungsebene zu stärken, insbesondere durch Schulungen und einen transparenten Informationsfluss. Ein konstruktiver Austausch und eine gute Zusammenarbeit zwischen allen Studierendenver-

treter\_innen Österreichs ist unbedingt notwendig, da wir nur gemeinsam gegen die großen Herausforderungen unserer Zeit auftreten können.

Große politische Ziele erreicht man leichter, wenn man gemeinsam dafür kämpft. Dafür braucht es starke **Bündnisarbeit**. Vor allem mit anderen Interessenvertretungen, wie bspw. der GPA, Arbeiterkammer, Jüdische Österreichische Hochschüler\_innen, Hochschüler\_innenschaft Österreichischer Roma und Romnja, Muslimische Österreichische Hochschüler\_innen, sollen gemeinsame Forderungen erarbeitet und an die Öffentlichkeit getragen werden. Das betrifft bspw. den Bereich der unbezahlten Pflichtpraktika oder die finanzielle Absicherung von Studierenden.

Die Koalitionsfraktionen einigen sich auf eine **konsensuale und transparente Zusammenarbeit**, in welcher ein respektvoller und vertrauensvoller Umgang gepflegt wird. Insbesondere der Wissenstransfer zwischen den aktiven Personen der vergangenen und zukünftigen Exekutiven ist uns ein wichtiges Anliegen - auch zwischen der kurzen Zeit einer zweijährigen Funktionsperiode darf in der Vertretungsarbeit nichts verloren gehen.

Als ÖH, die den Anspruch vertritt, sich für die Verbesserung der Umstände für alle Studierenden einzusetzen, sind wir **offen für alle interessierten Studierenden**, die gemäß diesem Koalitionsvertrag unsere Grundsätze vertreten, ganz unabhängig von Fraktionszugehörigkeiten. Unsere tägliche Arbeit ist eine von und für Studierende. Um unsere Vision von einem gerechten Bildungssystem zu verwirklichen, braucht es jede\_n von uns. Werde also auch du aktiv und setze dich dafür ein, die Hochschule zu einem Ort für alle werden zu lassen.